



Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

THE BURMANET NEWS - March 11, 2010, Issue #3914 - "Editor"
<www.burmanet.org>, BB News - Aung Thu <aungthu@t-online.de>

Suu Kyi ruft Myanmar auf, auf ein "ungerechtes" Gesetz zu reagieren -

<<http://www.deccanherald.com/content/57538/suu-kyi-calls-myanmar-respond.html>>, <<http://www.dvb.no/elections/suu-kyi-demands-response-to-%E2%80%98unjust%E2%80%99-law/>>

AFP den 11. März 2010

Rangoon: Die inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi forderte heute die Bevölkerung Myanmars dazu auf, eine Antwort auf ein "ungerechtes" Wahlgesetz zu geben, das sie von der Wahl ausschliesst, sagte ihr Anwalt Nyan Win heute zu AFP.

"Das Volk und die politischen Kräfte müssen gemeinsam auf dieses so ungerechte Gesetz reagieren," sagte Suu Kyi lt. Nyan Win, nachdem er die Ikone der Demokratie in ihrem Haus besucht hatte. "Sie hatte nicht gedacht, dass ein so unterdrückendes Gesetz herauskommen würde".

Nach dem neuen Wahlgesetz findet sich die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi vor dem Ausschluss aus der eigenen Partei, der National League for Democracy (NLD) und darf sich aufgrund der Tatsache, dass sie sich in Haft befindet, nicht an der diesjährigen Wahl beteiligen.

Nyan Win sagte, dass Suu Kyi während des Treffens resolut und "fröhlicher" als erwartet zu sein schien. Sie sagte, dass die Partei ebenfalls auf die neuen Gesetze reagieren müsse, die international als undemokratisch angeprangert werden.

"Sie ist darüber nicht bestürzt. Sie sagte, dass unsererseits eine konkrete Reaktion erfolgen müsse... Wir können zur Zeit noch nicht sagen, wie diese aussehen wird," sagte Nyan Win und fügte hinzu, dass er sich mit den Par-

teiltesten besprechen werde.

Die regierende Junta Myanmars ernannte heute eine Wahlkommission, bestehend aus 17 handverlesenen Mitgliedern, die die Wahlen überwachen sollen, die für Oktober oder November diesen Jahres geplant sind. Die USA halten die neuen Wahlgesetzes, die am Montag vom Regime veröffentlicht wurden, für eine "Verunglimpfung der Demokratie", während der Chef der UNO, Ban Ki-moon die Junta aufforderte, Suu Kyi freizulassen und ihr zu erlauben, ihre Rolle zu übernehmen.

ThaungN@aol.com, Tue, 23. Mar 2010 16:11:03

(Reuters) - Dienstag, den 23 März 2010

<<http://in.reuters.com/article/worldNews/idINIndia-47155420100323>>

Inhaftierte Suu Kyi sagt, dass sie die Wahlen in Myanmar ablehnen würde

AUNG HLA TUN

Rangoon: Myanmars inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi sagte am Dienstag, dass sie "nicht im Traum daran denke" ihre Partei für die diesjährigen Wahlen registrieren zu lassen, fügte jedoch hinzu, dass es nicht ihr zukomme, hierüber zu entscheiden, sagte ihr Anwalt.

Suu Kyi, die 15 der vergangenen 20 Jahre bereits in Haft verbringt, würde ihre Partei wegen "ungerechter Wahlgesetze" nicht an der Wahl teilnehmen lassen, betonte jedoch, dass diese Äusserung kein Befehl oder eine Vorschrift für andere Mitglieder sei.

"Persönlich würde ich nicht im Traum daran denken, die NLD sich unter einer so ungerechten und einseitig entworfenen Verfassung einschreiben zu lassen," zierte ihr Anwalt, selbst Mitglied der National League for Democracy (NLD), Suu Kyi nach einem Treffen mit der Nobelpreisträgerin.

Die charismatische Suu Kyi ist nicht in der Lage, sich an der vielgeschmähten Wahl zu beteiligen, weil sie mit einem Ausländer verheiratet war und ihre Kinder die britische Staatsbürgerschaft besitzen, wie auch wegen ihrer Vorstrafen.

Kritiker sind der Ansicht, dass sich die Militärregierung vor ihrer grossen Beliebtheit und internationalen Anziehungskraft fürchtet und daher versucht, sie hinter Schloss und Riegel zu halten, um so ihren Einfluss einzudämmen.

Die NLD, die die letzten Wahlen von 1990 erdrutschartig gewonnen hatte, der es aber nie erlaubt worden war, zu regieren, muss sich noch entschliessen ob sie sich an der diesjährigen Wahl, für die noch kein Termin festliegt, beteiligen will.

Es besteht zwischen den 128 Vorstandsmitgliedern noch Uneinigkeit, ob sie sich an der Wahl beteiligen wollen oder nicht.

Einige sagen, dass die Verfassung eine Farce ist und favorisieren den Boykott, während andere glauben, dass durch einen solchen Entschluss der politische Einfluss der grössten politischen Oppositionspartei verspielt würde .

"Einige möchten grünes Licht geben, aber die meisten sind dagegen", sagte Nyan Win, und fügte hinzu, dass sich die Partei am 29.März entscheiden wird.

Myanmars Militär, das in der ehemaligen britischen Kolonie seit fast fünf Dekaden an der Macht ist, hat vor kurzem das Ergebnis der Wahl von 1990 annulliert, da diese lt. den staatlichen Medien nicht mit den Erlassen des Monats übereinstimme.

"VERHÖHNUNG DER DEMOKRATIE"
Die Gesetze besagen, dass jede Partei, die sich für die Wahl registrieren lassen will, alle Mitglieder, die eine Gefängnisstrafe verbüßen, ausschliessen muss, ein Erlass, von dem die Vereinigten Staaten sagen, dass es die Demokratie verhöhnt. Parteien, die ... ↗

... es versäumen, sich registrieren zu lassen, können von der Junta aufgelöst werden.

Viele ältere NLD-Mitglieder befinden sich unter den mehr als 2000 politischen Häftlingen, während das Regime leugnet, irgendjemanden wegen seiner politischen Überzeugung festzuhalten.

Nyan Win sagt, dass die NLD Klage wegen der neuen Gesetze gegen das Regime eingereicht hat; diese wurde vom Obersten Gericht verworfen.

Parteiquellen berichteten Reuters, dass sich am Dienstag zwei neue politische Parteien bei dem neugegründeten Wahlausschuss registrieren liessen.

Es handelt sich dabei um die Partei der 88 Generation Students of the Union of Myanmar (GSUM) und der Union of Myanmar National Political Force (UM-NPF).

Von beiden wird angenommen, dass sie dem Militär nahestehen, das automatisch 25 Prozent der Sitze im Parlament erhält.

Analysten weisen darauf hin, dass die Junta, die die volle Kontrolle über Schlüsselministerien behält, wahrscheinlich bevollmächtigte Parteien einsetzen wird, dass sie das Unterhaus beherrscht und so die Macht gewählter Gegner einschränkt.

Kritiker meinen, dass die Wahl, die der letzte Schritt der Junta auf der "Roadmap" zur Demokratie ist, eine Farce ist, die den Eindruck einer Zivilregierung erwecken soll, während das Militär weiterhin das Sagen hat.

ThaungN@aol.com - Wed, 10. Mar 2010 04:23:46

YANGON, Myanmar March 9, 2010 (AP)

Neues Gesetz schliesst Myanmar pro-demokratische Führerin von der Wahl aus -

<<http://service.gmx.net/de/cgi/g.fcgi/application/navigator?CUSTOMERNO=2371110&=&uk1074425263.1268580654.106cb8e5>>

Rangoon, den 9. März 2010

Wie die staatlichen Zeitungen am Mittwoch berichten, verbietet ein neues

Wahlgesetz, das vom regierenden Militär Myanmars herausgegeben wurde, der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi, einer politischen Partei anzugehören und schliesst sie damit von den bevorstehenden Wahlen aus.

Das Registrierungsgesetz für politische Parteien, das durch die offiziellen Zeitungen veröffentlicht wurde, schliesst jeden, der von einem Gericht verurteilt wurde, von einer Wahlteilnahme aus.

Die Nobelpreisträgerin, die 14 der vergangenen 20 Jahre in Haft verbrachte, wurde vergangenen August wegen Verstosses gegen die Bedingungen ihres Hausarrestes verurteilt, weil sie einem Amerikaner, der uneingeladen zu ihrem Anliegen am See geschwommen war, kurz Unterkunft gewährt hatte. Sie wurde deshalb erneut zu Hausarrest bis Ende November diesen Jahres verurteilt.

Dieses Urteil wird als Mittel angesehen, Suu Kyi von der Wahlkampagne auszuschliessen. Das Oberste Gericht lehnte vergangenen Monat ihre Berufung ab.

Lt. Wahlgesetz müssen sich politische Parteien innerhalb von 60 Tage ab Montag, an dem das Gesetz veröffentlicht wurde, bei einem Wahlkomitee, dessen Mitglieder von der Junta ernannt werden, registrieren lassen.

Das Datum der Wahl wurde bisher noch nicht bekanntgegeben, noch hat Suu Kyis National League for Democracy mitgeteilt, ob sie sich an der Wahl beteiligen wird.

Das Gesetz verbietet Mitgliedern religiöser Orden wie auch Staatsbeamten, politischen Parteien beizutreten.

Das Regime verabschiedete am Montag 5 Gesetze, die sich auf die Wahl beziehen, zwei von ihnen wurden bisher veröffentlicht. Drei weitere sollen in den kommenden Tagen bekanntgegeben werden.

2008 kündigte die Regierung Wahlen für einen noch offenen Zeitpunkt in 2010 an. Die letzten Wahlen von 1990 waren erdrutschartig von Suu Kyis Partei gewonnen worden, aber das Militär weigerte sich, die Macht zu übergeben.

Ihre Partei behauptet, dass die neue Verfassung von 2008 nicht fair sei und dem Militär die Kontrolle in der Regierung überlässt.

[BurmaCampaign] Anna Roberts
<anna.roberts@burmacampaign.org.uk>

The Guardian, 25. März 2010

Grossbritannien unterstützt den burmesische Führung vor das Kriegsverbrechertribunal zu bringen

SIMON TISDALL -

<<http://www.guardian.co.uk/world/2010/mar/25/uk-backs-case-against-burma>>

Britannien unterstützt den Schritt, Burmas Militärführung zur Ermittlung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen vor das internationale Kriegsverbrechertribunal zu bringen. Dieser Schritt ist Teil der intensivierte Kampagne, die Junta zu zwingen, echte demokratische Reformen einzuführen, berichteten diplomatische und Regierungsquellen heute dem Guardian.

Der englische UNO-Botschafter sagte, dass Britannien in einer verstärkten Vorgehensweise den Druck auf das isolierte Regime vor den für diesen Herbst geplanten Wahlen verstärken wird und erklärte, dass Britannien eine Empfehlung des Sonderberichterstatters für Menschenrechte der UNO in Burma unterstützt, dass der internationale Gerichtshof in den Hague eine Ermittlung wegen Kriegsverbrechen eröffnet.

Sir Mark Lyall Grant berichtete nach einer Sitzung des Sicherheitsrates, dass sich die fünf ständigen Mitglieder nicht "hinreichend einig" seien, um einer Empfehlung des ICC umgehend nachzugehen; sollte ein solche Empfehlung jedoch auf den Tisch kommen, wird England diese unterstützen. Diese Kampagne hat die Zustimmung von fast 200 Parlamentsmitgliedern.

England, die ehemalige Kolonialmacht, ist darum bemüht, den Druck auf das Regime zu erhöhen, damit es die neuen Verordnungen aufhebt, die es ehemaligen oder gegenwärtigen politischen Häftlinge untersagen, sich für die Wahl zu präsentieren oder politischen Parteien als Mitglied anzugehören.

"Es ist unser oberstes Ziel, den Druck auf das Regime zu erhöhen, um es dazu zu bewegen, die Wahlgesetze zu klären und freie und faire Wahlen abzuhalten," sagte ein britischer ...

... Beamter. England würde das Thema zusammen mit den USA, Frankreich und anderen gleichgesinnten Staaten "robust" bei der UNO und anderen Foren verfolgen, wie z. B. dem Menschenrechtsrat in Genf, fügte der Beamte hinzu.

Sollte die Junta es ablehnen, die Wahlgesetze zu ändern und sich die Oppositionsparteien zu einem Boykott gezwungen sehen, wird Britannien bereit sein, eine Anzahl harter EU-Wirtschaftssanktionen vorzuschlagen. Jegliche Entscheidung für den Vorschlag von Sanktionen läge bei Gordon Brown, der ein persönliches Interesse am Leiden des burmesischen Volkes genommen hat; sie könnte bereits in der nächsten Woche erfolgen.

Eine Regierungsquelle lässt verlauten, dass die Wahlgesetze sich ganz klar "lustig machen" und keine ernsthafte Bemühung darstellen, das Land zu demokratisieren, eine Meinung, die zunehmend von den burmesischen Nachbarn in der Association of Southeast Asian Nations geteilt wird.

Die Ankündigung des Wahltermins wird für die nächsten Tage erwartet, sagte die Quelle. "Dies wird ganz klar ein wichtiger Augenblick für das Regime sein, und es gibt keinerlei Anzeichen, dass es das Ruder herumwerfen wird. Deshalb werden alle unsere Bemühungen dahingehen, sicherzustellen, dass es einen Chor von Kritikern geben wird und klarzustellen, dass die Wahl nicht dazu beitragen wird, das Regime zu legalisieren".

Es wird erwartet, dass die grösste Oppositionspartei Burmas, die National League for Democracy, die von der unter Hausarrest stehenden Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi geführt wird, am Montag ihren Entschluss mitteilt, ob sie sich für die Teilnahme an den Wahlen registrieren lassen will. So wie die Dinge stehen, würde sie, wie viele der führenden Mitglieder der NLD, automatisch disqualifiziert, weil sie Gefängnisstrafen verbüssen oder verbüsst haben.

"Sollte sich Aung San Suu Kyi entscheiden, auszusteigen, dann würde dies den Todesstoss für die Wahlen bedeuten", sagte die britische Quelle.

Wie ihr Anwalt diese Woche berichtete, wäre sie gegen eine Teilnahme der NLD, dies sei jedoch nicht allein ihre Entscheidung. "Persönlich würde ich nicht davon träumen, dass sich die NLD unter einer so ungerechten und einseitig erarbeiteten Verfassung regis-

trieren lässt", sagte sie.

Die Entscheidung der Junta, Wahlen abzuhalten, die die ersten seit 1990 sind, bei denen die NLD erdruchtsartig gewann, wird weitestgehend als Bemühung des Regimes angesehen, internationales Ansehen zu gewinnen und die Sanktionen der USA und EU zu beenden. Aktivisten und Menschenrechtsgruppen haben die Wahlgesetze bereits denunziert.

Anna Roberts, Direktorin der Burma-Kampagne UK, begrüßte die englische Unterstützung der ICC-Empfehlung indem sie sagte: "Die burmesischen Generäle werden niemals Gerechtigkeit und Demokratie zulassen... anstatt sich auf die falschen Wahlen einzulassen, sollte die internationale Gemeinschaft darauf hinzielen, die Generäle hinter Gitter zu bringen, wo sie hingehören."

Die Kampagne, Juntamitglieder wie General Than Shwe, Burmas de facto Staatsoberhaupt, wegen Kriegsverbrechen anzuklagen, erhielt diesen Monat Auftrieb als der Sonderberichterstatte der UNO, Tomás Ojea Quintana die Lage so beschrieb: "ein Verhaltensmuster schlimmer und systematischer Menschenrechtsverletzungen" burmesischer Bürger. Die Vergehen, wie Mord, Vergewaltigung, Folter, ethnische Säuberung und Zwangsarbeit sind das Ergebnis langanhaltender Staatspolitik".

The Irrawaddy, Newsletter, **March 10**, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

Das Dilemma der NLD -

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=18005>

Der 7. Mai ist der letzte Termin für die wichtigste Oppositionspartei Burmas, die National League for Democracy (NLD), sich endgültig zu entscheiden, ob sie nach 20 Jahren erfolglosen Kampfes gegen die Militärdiktatur als rechtmässige Partei weiterhin bestehen will oder nicht.

"Wir müssen unsere eigene Führerin aus der Partei ausschliessen oder die Auflösung der Partei nach dem 7. Mai in Kauf zu nehmen", sagte Nyan Win, der Parteisprecher wie auch Anwalt ist, der die inhaftierte Parteiführerin, Aung San Suu Kyi vertritt.

"Unsere Partei steht vor einem grossen Dilemma," sagte er.

Das Regime hat am 8. März die Verabschiedung seines Wahlgesetzes bekanntgegeben. Die NLD und andere derzeit legale Parteien müssen sich innerhalb von 60 Tagen ab Bekanntgabe bei der Wahlkommission registrieren lassen. Falls sie dies nicht tun, hören sie umgehend auf, als legale Einheiten zu existieren.

Die Partei muss ausserdem Suu Kyi ausschliessen, sollte sie sich für die Registrierung bei der Wahlkommission entscheiden, da es lt. Gesetz, das am Mittwoch verkündet wurde, untersagt ist, Gefangene als Parteimitglied zu führen.

Suu Kyi verbringt gerade einen 18monatigen Hausarrest, weil sie im August 2009 kurz einem amerikanischen Bürger Unterkunft gewährt hatte; vom ursprünglichen Urteil wurden ihr drei Jahre Zwangsarbeit erlassen. Suu Kyi kann nicht als Mitglied irgendeiner politischen Partei angehören, wenn sie nicht vor dem 7. Mai entlassen wird.

"Sollte unsere Partei sich registrieren lassen, würde das bedeuten, dass wir unsere Forderung nach einer Überarbeitung der Verfassung aufgeben und gleichzeitig unsere Führerin ausschliessen müssen," sagte Nyan Win. "Sollten wir dies nicht tun, hört die Partei auf, zu existieren."

Nyan Win sagte, dass die Partei versuchen wird, ein Treffen zwischen Suu Kyi und Mitgliedern des Parteivorstandes zu bewirken. "Wir werden uns an die Regierung wenden, um dies zu ermöglichen".

Nicht nur ist es Suu Kyi nach dem neuen Parteien-Registrierungsgesetz untersagt, Mitglied einer politischen Partei zu sein, sondern sie darf auch keiner politischen Partei vorstehen, sollten die Wahlen vor ihrer Entlassung stattfinden.

Kapitel II, Artikel 4 (e) des Registrierungs-gesetzes für politische Parteien besagt: "Eine vom Gericht verurteilte Person, die zur Zeit eine Strafe absitzt, oder Personen, die gerade vor Gericht dem Prozess einer Überprüfung ihrer Gefängnisstrafe unterworfen sind, ist es untersagt, eine politische Partei zu gründen."

Vergangenen Monat verwarf der Oberste Gerichtshof Burmas den Einspruch Suu Kyis gegen die Verlängerung ihrer Haftstrafe. Nyan Win sagte, dass sie alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen werden, um gegen das Urteil anzukämpfen. ... ↗

... ↗

Während das Wahlrecht minutiös darauf ausgelegt ist, Suu Kyi von einer Teilnahme an den Wahlen auszuschliessen, muss Suu Kyi selbst noch ihre Stellung zur Wahl mitteilen.

Am Mittwoch brachten die burmesischen staatlichen Zeitungen den Kommentar des Premierministers, General Thein Sein, der sich anlässlich eines Treffens in den Shan-Staaten am Dienstag dahingehend äusserte, dass: "kein burmesischer Bürger kann unter dem Deckmantel eines Bürgers von Myanmar (Burma), der Handlanger oder Agent einer feindlichen Macht sein".

Die Bemerkungen Thein Seins wurden am Mittwoch als Schlagzeile in den staatlichen Zeitungen gebracht. Er hatte bereits im vergangenen Monat ähnliche Bemerkungen gemacht, die von den staatlichen Medien hervorgehoben wurden.

Die vom Militär entworfene Verfassung von 2008 schloss Suu Kyi bereits von der Möglichkeit der Amtsinhabung des Präsidenten oder Vizepräsidenten aus, da sie vorsieht, dass niemand, der mit dem Bürger eines ausländischen Staates verheiratet ist oder dessen Kinder Bürger eines ausländischen Staates sind, in diese Ämter gewählt werden darf. Suu Kyi war mit einem Briten verheiratet, und ihre zwei in England lebenden Söhne besitzen die britische Staatsbürgerschaft.

Die Wahlgesetze der Junta stellen sicher, dass alle politischen Gefangenen, einschliesslich Suu Kyi, die Führer der 88er Studentengeneration und Khun Htun Oo, Führer der Shan Nationalities League for Democracy (SNLD), die nach der NLD die meisten Sitze in der Wahl von 1990 gewannen, von der burmesischen Wahl ausgeschlossen bleiben.

Selbst wenn die NLD und SNLD sich entschliessen sollten, ihre Führer auszuschliessen und sich bei der Wahlkommission vor dem 7. Mai in Übereinstimmung mit dem neuen Parteienregistrierungsgesetz anzumelden, um eine Auflösung zu vermeiden, sehen sie sich der Drohung der Auflösung weiterhin ausgesetzt, falls sie sich dennoch entscheiden, nicht an der Wahl, die für Oktober erwartet wird, teilzunehmen.

The Irrawaddy - Newsletter for Saturday, March 13, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

Junta verbietet Nachrichten über die Wahl

The Irrawaddy, Sonnabend, den 13. März 2010
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=18035>

Lt. Information von in Rangoon niedergelassenen Journalisten hat, als letzten Hinweis darauf, dass die Wahlen dieses Jahres weder frei noch fair sein werden, die in Burma regierende Junta Zensoren beauftragt, alle Berichte über das Wahlrecht oder andere kontroverse Themen bezüglich der Wahl zu verbieten.

"Sobald das Wahlrecht bekanntgegeben wurde, haben wir Mitglieder verschiedener politischer Parteien hierzu interviewt, um ihre Meinung zu diesem Thema zu erfahren," sagte der Chefredakteur einer in Rangoon niedergelassenen Zeitung. "Als wir jedoch unsere Berichte der Zensurbehörde vorlegten, wurde uns mitgeteilt, dass wir sie nicht veröffentlichen könnten".

Es ist Journalisten verboten, über die vor Kurzem bekannt gegebenen Wahlgesetze zu berichten, wie auch über die Situation der National League for Democracy, die vor der Auflösung steht, falls sie es ablehnt, ihre Führerin Aung San Suu Kyi auszustossen.

"Ausser "optimistische" Berichte, wie sie in den staatlichen Medien zu finden sind, dürfen wir nichts über die Wahlen berichten", sagte der Redakteur.

"Es gibt Regierungsparteien und Oppositionsparteien. Wir können nicht behaupten, dass es fair ist, wenn das Regime uns nur erlaubt, darüber zu schreiben, was die regierungstreuen Parteien sagen", meinte ein in Rangoon niedergelassener Reporter.

Lt. Quellen in Rangoon wurde eine Sonderbehörde eingesetzt, die die Arbeit der Presse-Aufsichtsbehörde während der Wahlperiode überwachen soll. Die Zensurbehörde muss jetzt die Konzepte einer "Spezielsicherheitseinheit" unterbreiten, die aus hochrangigen Beamten besteht, unter ihnen Generalleutnant Myint Swe, der dem Juntachef, Seniorgeneral Than Shwe, nahesteht.

Den meisten der privaten Wochenzeitschriften in Rangoon, wie The Myanmar Times, Biweekly Eleven, Modern und 7 Day News, wurde von der Zen-

surbehörde die Veröffentlichung von Artikeln verweigert, weil sie empfindliche Themen, die die Wahl betrafen, berührten.

The Irrawaddy - Newsletter for Monday, March 15, 2010 - COMMENTARY - news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

Wahlgesetz sichert keine Glaubwürdigkeit

ZU - HTET AUNG

Montag den, 15. März 2010

Vergesst das Thema der Verfassung und die Überzeugung, dass die Junta in Burma freie und faire Wahlen zulassen wird, wie auch die Idee, dass sie der Opposition gestatten wird, am Wahlprozess teilzunehmen.

Wie immer begrenzt er auch sein mag, es wird bis zu einem bestimmten Grad ein Wandel im Regierungsprozess durch die Einführung eines Parlamentes und Regierungsinstitutionen stattfinden.

Dies ist die Annahme einiger burmesischer Politiker und Intellektueller innerhalb wie auch ausserhalb des Landes, die glauben, dass die pragmatische Wirklichkeit es erfordert, dass die Generäle an den Verfahren der Regierungspolitik beteiligt sein müssen, soll dass Land nach vorn gebracht werden.

Sie scheinen zu erwarten, dass nachdem sie die Verfassung gegründet haben, die regierenden Generäle einen offenen und fairen Wahlprozess erlauben werden, falls die Opposition sich an der Wahl beteiligt.

Es ist jetzt jedoch schon offensichtlich, dass die Junta keine fairen Voraussetzungen geschaffen hat, denn die Wahlgesetze wurden ohne jegliches Zutun von ausserhalb der Militärregierung erstellt.

Kapitel 1 des Parteienregistrierungsgesetzes mit dem Titel "Name und Definition" liest sich unter Artikel 2/d wie folgt: "Eine politische Partei, die an ein echtes diszipliniertes demokratisches Mehrparteien-System glaubt und deren Gründung von der Wahlkommission in Übereinstimmung mit diesem Gesetz zugelassen wird, kann ihre Aktivitäten auf der Grundlage einer politischen Überzeugung ausüben.

Lt. dieser Definition muss eine ... ↗

... Partei, gleichgültig, welche politische Ideologie sie auch vertreten mag, sich einer "disziplinierten Demokratie", d.h. übersetzt dem Willen des Militärs, unterwerfen.

Obwohl das Lager der Befürworter einer Beteiligung einen Wandel innerhalb des neuen institutionellen Rahmens erwartet, erlaubt das Wahlgesetz "ein Mehrparteiensystem mit einer politischen Ideologie - disziplinierte Demokratie", d.h. einer Ideologie, die mit den undefinierten Kriterien des Militärregimes in Übereinklang steht.

Wo liegt der Unterschied zwischen dem vorherigen sozialistischen System und ihrer "disziplinierten Demokratie". Unter dem Sozialismus praktizierte Burma ein Einparteiensystem mit einer politischen Ideologie. Jetzt wird das Land ein Mehrparteiensystem mit einer politischen Ideologie wie sie das Regime sieht, praktizieren.

Ob man es nun will oder nicht, das burmesische Volk sieht sich dieses Jahr einer Wahl gegenüber. Es wäre die Pflicht einer Wahlkommission, freie und faire Wahlen zu planen, zu regeln und unabhängig und unparteiisch durchzuführen, um so eine friedliche Übergabe der Macht vom Militär auf das Parlament zu befördern.

Das burmesische Parteienregistrierungsgesetz setzt jedoch undemokratische Kriterien für die Führung und Mitgliedschaft einer politischen Partei und gibt der EC (Wahlkommission) die Macht, jede Partei aufzulösen, die diese Kriterien nicht erfüllt - ein unverblümtes Eingreifen in die inneren Angelegenheiten von politischen Parteien.

Artikel 4/e besagt: Menschen, die eine Haftstrafe verbüssen, können keine politische Partei bilden". Lt. Artikel 10/e können "Menschen, die eine Haftstrafe verbüssen nicht als Mitglied einer politischen Partei angehören".

Diese Regel schliesst mehr als 2000 politische Häftlinge, einschl. Aung San Suu Kyi, eine Hauptbeteiligte der demokratischen Opposition, von der Politik aus.

Ferner besagt Artikel 6 das Folgende: "Der Antrag, eine politische Partei in Übereinstimmung mit Artikel 5 dieses Gesetzes muss den folgenden Tatsachen zustimmen", was lt. Subklausel 6/c die Befolgung der Verfassung von 2008" bedeutet.

Analysten sehen in der Antragstellung

zur Gründung einer politischen Partei bei der Wahlkommission die Zustimmung zur Verfassung, was bedeutet, dass alle Kandidaten von einer Diskussion vorgeschlagener Veränderungen der Verfassung während der Wahlkampagne Abstand nehmen müssen. Sollten Parteien oder deren Kandidaten eine Abänderung der Verfassung während der Wahlkampagne diskutieren, dann könnte dies die Auflösung bedeuten, sagen Analysten.

Analysten weisen ferner darauf hin, dass nach der Wahl gewählte Parlamentsmitglieder die Möglichkeit hätten, Abänderungen der Verfassung vorzuschlagen, wenn sie die Regeln, die in der Verfassung beschrieben sind, befolgen.

Obgleich die Junta das Wahlgesetz in Übereinstimmung mit Artikel 443 der Verfassung herausgegeben hat, ignorierte sie Artikel 441 und forderte die Parteien dazu auf, sich an die Verfassung zu halten, die seinerzeit noch zu erarbeiten war.

Artikel 441 besagt: "Durch ein landesweites Referendum zur Annahme der Verfassung, an dem sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten beteiligen und bei dem mehr als die Hälfte der Wähler der Verfassung zugestimmt haben, wird in der ganzen Union am Tage der ersten Einberufung des Parlamentes (Pyidaungsu Hluttaw) zur Anwendung kommen".

Die internationale Gemeinschaft hat bezüglich der Nichteinhaltung von fundamentalen Menschenrechtsstandards ihrer Besorgnis Ausdruck verliehen.

Artikel 25 der Internationalen Deklaration der Menschenrechte (Universal Declaration of Human Rights (UDHR)) besagt: "Jeder hat das Recht, sich an der Regierung seines Landes direkt oder durch gewählte Vertreter zu beteiligen".

Artikel 25 des Internationalen Abkommens über zivile oder politische Rechte führt aus: "Jeder Bürger soll das Recht und die Möglichkeit haben, sich an echten, regelmässig stattfindenden Wahlen zu beteiligen, unter allgemeinem und gleichberechtigtem Stimmrecht und unter geheimer Stimmabgabe, die die freie Willensäußerung des Wählers garantiert."

Aung San Suu Kyi - eine Friedensnobelpreisträgerin und das Symbol der Demokratie, spricht sich unermüdlich für die Förderung der Demokratie

durch allgemeine und gleichberechtigte Wahl aller Bürger aus und das Recht, durch demokratische Wahlen gewählt zu werden.

Aber als politischer Häftling der Junta wurde sie von der Stimmabgabe und Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Glaubwürdigkeit und Beteiligung aller - zwei Richtgrößen der internationalen Gemeinschaft - fehlen bereits, ehe die Wahl begonnen hat.

THE BURMANET NEWS - March 17, 2010, Issue #3918 -

Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

MIZZIMA<<http://www.mizzima.com/news/>

election-2010/3678-no-change-in-burma-from-2010-polls-dr-sein-win.html>

Die Wahlen von 2010 werden in Bruma nicht verändern :

Dr. Sein Win - HTET WIN -

MIZZIA NEWS, Mittwoch, den 17. März 2010

Die burmesische Junta benutzt die Wahlen von 2010, um Opposition und demokratische Aktivitäten zu ersticken und die Militärregierung unter dem Deckmantel von Wahlen und Demokratie festzuzementieren und zu legitimieren, sagte Dr. Sein Win, Premierminister der Nationalen Koalitionspartei der Burmesischen Union im Exi

"Wir werden dies nicht akzeptieren, und unser Kampf für Demokratie in Burma mag lang werden," sagte er.

Dies sagte Dr. Sein Win anlässlich des Jahrestages der Menschenrechte in Burma am 13. März in Berkeley, Kalifornien.

Der 13. März wurde von Aktivisten zum burmesischen Menschenrechtstag ernannt, weil an diesem Tag 1988 der Technologiestudent Phone Maw brutal von burmesischen Soldaten getötet wurde, was dann wahrscheinlich zu dem landesweiten Aufstand gegen die Militärregierung führte.

"Die diesjährige Wahl wird meiner Meinung nach keinerlei Veränderung in Burma bewirken", sagte Dr. Sein Win. Er fügte hinzu, dass keines der demokratischen Bündnisse daran glaubt, dass die Verfassung zu irgendeiner Demokratie führen wird."

Zwischen dem Regime und denpo...☞

... litischen oppositionellen Parteien ist es wegen der neuen Wahlgesetze und der Verfassung von 2008 zu Kontroversen gekommen.

Nyunt Than, Präsident der in San Franzisko ansässigen NGO der burmesisch-amerikanischen demokratischen Alliance sagt, dass das Regime alle Türen für Verhandlungen und einen Demokratisierungsprozess zugeschlagen hat.

Nyunt Than betonte: "Wir, das burmesische Volk werden niemals aufgeben, obwohl die Lage hoffnungslos scheint."

"Die demokratische Ikone, Daw Aung San Suu Kyi und mehr als 2000 politische Häftlinge werden unsere Vorbilder sein und das unterdrückerische Regime wird besiegt werden," sagte er.

Toe Lwin, ein ehemaliger politischer Häftling, der jetzt in den Vereinigten Staaten lebt, äusserte sich Mizzima gegenüber, dass die Wahlgesetze ein Beispiel der Gesetzwidrigkeit der Junta seien, um jegliche wirksame Opposition auszuschalten.

"Die Wahlgesetze sind dazu geschaffen, um einfach Oppositionsparteien niederzuwerfen," sagte Toe Lwin.

Die Verfassung von 2008 schützt nicht die Rechte des Volkes, und der Teufelskreis von willkürlichen Festnahmen und Folter wird fortgesetzt werden, sagte er.

Chinland Guardian <chinland_guardian@yahoo.co.in> - [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Indian MPs React to Burma's Electoral Laws Datum:Thu, 18. Mar 2010 05:28:26

Indische Parlamentarier antworten auf die burmesischen Wahlgesetze

<<http://chinlandguardian.com/news-2009/922-indian-mps-react-to-burmas-electoral-laws.html>>

Chiland Guardian: In einer fort dauernden Kette von Reaktionen aus der ganzen Welt auf die neuen burmesischen Wahlgesetze brachten gestern indische Parlamentarier ihre Enttäuschung hinsichtlich der neuen burmesischen Wahlgesetze zum Ausdruck, die einen Mangel an Glaubwürdigkeit und Nichteinbeziehung aller für die von der Junta für dieses Jahr vorgesehenen Wahlen aufweist.

Im indischen Parlament sagte gestern

das Forum für Demokratie in Burma (Indian Parliamentarian's Forum for Democracy in Burma - IPFDB) in einer Erklärung, dass die Wahlgesetze, die von der Militärjunta Anfang des Monats verabschiedet wurden, hinter einem Minimum demokratischer Standards zurückbleiben. Die Gruppe zitierte spezifische Bedingungen der Wahlgesetze, die den Oppositionsparteien, wie der National League for Democracy, unfaire Verpflichtungen auferlegen, wie z. B. drastische Transformationen oder als Kandidaten nicht wählbar sein werden, was fundamental undemokratisch ist.

"Wir haben unsere Enttäuschung wegen der burmesischen Verfassung von 2008 zum Ausdruck gebracht, weil es den wirklichen Volksvertretern nicht erlaubt war, sich am Prozess des Entwurfes zu beteiligen, und das Referendum war eine Farce," sagte das IPFDB in einer Erklärung.

Die Parlamentarier der Welt grössten Demokratie sagen, dass die Wahlen keinen demokratischen Wandel in Burma herbeiführen werden, sondern die Probleme ihres grössten östlichen Festland- Nachbarn in Südostasien nur noch verlängern werden.

Die indische Regierung, die über die Jahre bilaterale Verbindungen zu der burmesischen Militärjunta aufrecht erhält, schweigt jedoch zu den neuen Wahlgesetzen, die die Junta jetzt veröffentlicht hat.

"Wir sind besorgt über die fort dauernde Instabilität unserer Nachbarländer," sagten Parlamentarier.

Die Gruppe von Parlamentariern aller Parteien in Burma fordert, dass die Junta vor den geplanten Wahlen alle politischen Häftlinge freilassen muss, einschliesslich Aung San Suu Kyi, der wirklichen demokratischen Führerin und mit ihr und den legitimen Vertretern der ethnischen Gruppen in einen Dialog treten soll, so dass eine echte nationale Aussöhnung in Burma stattfinden kann.

Das IPFDB wurde 2005 gegründet und setzt sich aus Parlamentariern aller Parteien beider Häuser zusammen.

The Irrawaddy – News letter for Wednesday, March 17, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

ASEAN muss sich mit einer Stimme zur Wahl in Burma äussern

AUNG ZAW, Mitt., den 17. März 2010
<http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=18060>

In der vergangenen Woche gab das burmesische Regime die erwarteten Wahlgesetze bekannt. Es will endgültig dieses Jahr die versprochene Wahl abhalten.

Die Wahlgesetze bestätigen die Befürchtung, dass die Wahl weder frei, noch fair noch allumfassend sein wird, was mehr Ärger für die Southeast Asian Nations (ASEAN) mit seinem abscheulichen Mitglied, dem vom Militär regierten Burma, bedeuten wird.

Obwohl ASEAN sich jeden Kommentars über die burmesischen Wahlen enthalten hat, haben einige Mitgliedsstaaten ihr Unbehagen geäussert.

In Singapur, wo Regierungsbeamte schwiegen, nahm die Zeitung The Straits Times eine kritische Haltung ein und bemerkte: "Eines der Wahlgesetze scheint besonders gegen die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi gerichtet zu sein. Es fordert von ihrer Partei, der National League for Democracy (NLD), sie auszuschliessen, da sie einen verlängerten Hausarrest verbüsst. Ohne ihre Teilnahme kann die Abstimmung nicht viel Glaubwürdigkeit haben."

Die Tageszeitung des Inselstaates nennt Suu Kyi ein Symbol für den Widerstand und "eine politische Kraft, deren Ausschluss nicht gerechtfertigt ist."

Sie fährt fort: "Auch können die Wahlen nicht als umfassend angesehen werden, da weitere 2000 politische Gefangene nicht an der Wahl teilnehmen können. Dass weder sie noch auch diese an der Abstimmung beteiligt sein werden, bedeutet, die Wählerstimmen werden nicht nur drastisch begrenzt, sondern auch grösstenteils im vorhinein festgelegt. Eine Wahlkommission wird lt. Behörden das "endgültige und bestandskräftige" Sagen bezüglich aller Wahlangelegenheiten ..."

... haben, aber seine fünf Mitglieder müssen von der Junta anerkannt werden. Soviel also zu Fairness und Transparenz."

Alberto Romulo, Aussenminister der Philippinen, ging noch weiter und kommentierte: "Falls sie Suu Kyi nicht freilassen und ihrer Partei die Teilnahme an der Wahl erlauben, dann wird es eine komplette Farce sein und deshalb im Widerspruch zu ihrer Roadmap zur Demokratie stehen."

Bereits vor der Ankündigung der Wahlgesetze hatte Romulo die Junta aufgefordert, für "freie, faire, glaubwürdige und niemanden ausschliessende Wahlen zu sorgen."

Teuku Faizasyah, Sprecher des indonesischen Aussenministeriums, sagt bereits voraus, dass die Gesetze die Wahl unterminieren werden, da sie nicht die Teilnahme aller erlauben.

Es ist geplant, dass Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono seinen Aussenminister, Marty Natalegawa, diesen Monat nach Burma schicken wird, wo er sich für eine demokratische Reform einschliesslich einer umfassenden Wahl dort einsetzen soll.

Die Wahl in Burma wird erneut zum Test des schwindenden Einflusses der ASEAN, wie auch deren umstrittener Politik des "konstruktiven Engagements" bezüglich Burma.

Hochrangige Beamte aus Thailand, Malaysia und Indonesien haben dem burmesischen Regime ebenfalls bedeutet, dass die Freilassung Suu Kyis und anderer politischer Häftlinge der Schlüssel zur Erreichung der internationalen Glaubwürdigkeit bedeutet wie auch für die absolut notwendige Aussöhnung. Es gibt aber keinerlei Anzeichen dafür, dass das Regime bereit ist, diesem Rat zu folgen.

Im Februar sagte der Generalsekretär der ASEAN und ehemalige Aussenminister Thailands, Surin Pitsuwan, im "Hardtalk" -Programm des BBC, dass die ASEAN eine glaubwürdige und transparente Wahl in Burma erwartet, fügte jedoch hinzu, dass sich die Organisation nicht in Einzelheiten der Abstimmung einmischen kann.

Ohne auf Burmas düstere politische Lage, das dort vorherrschende Klima der Angst und die 2000 politischen Häftlinge einzugehen, sprach Surin Pitsuwan so, als sei er der Sprecher des Regimes.

"Keine Wahl ist perfekt", sagte er. Es muss ein Anfang gemacht werden. Das ist der Grund, warum das burmesische Regime beginnt. Es hat Wahlen für Ende des Jahres versprochen." Und er meinte, dass das Engagement der burmesischen Generäle für die Wahl als positiver Faktor anzusehen ist.

In der Vergangenheit fusste die Unterstützung der ASEAN für das burmesische Regime auf der Annahme, dass ein Engagement dessen unterdrückendes Benehmen ändern und mehr Offenheit bringen würde. ASEANs Führer bestanden auch darauf, dass die Organisation der Sphäre des chinesischen Einflusses in Burma entgegenwirken müsse.

Bisher hat sich jedoch die Politik des Engagement der ASEAN als wirkungslos erwiesen.

Seit Beginn seiner Mitgliedschaft in der ASEAN in 1997 hat das Regime noch mehr politische Häftlinge festgenommen, hunderttausende von Flüchtlingen der ethnischen Minderheiten dazu getrieben, sich in Dschungelverstecken, im benachbarten Thailand und selbst in China in Sicherheit zu bringen. Während der Demonstrationen im September 2007 massakrierte es schamlos Aktivisten und Mönche vor den Augen der ganzen Welt. Heute ist Burma ein Satellitenstaat Chinas.

Noch beunruhigender ist die Tatsache, dass Burma engere Beziehungen zu Nordkorea geknüpft hat. Berichte über den Ankauf von Kurzstreckenraketen haben sich bestätigt, und es bestehen hartnäckige Berichte über eine nukleare Zusammenarbeit zwischen Burma und Nordkorea.

Hochrangige Beamte des US-Aussenministeriums haben öffentlich ihre Besorgnis über die zweifelhaften Beziehungen zwischen Burma und Nordkorea ausgedrückt.

Wo steht denn nun die ASEAN heute? Bedauerlicherweise stimmen nicht alle im Block zu, dass eine echte Demokratie wichtiger für Burma ist, als eine "disziplinierte Demokratie".

Es ist nicht überraschend, dass sich gerade diejenigen Regierungen über die Notwendigkeit einer freien und fairen Wahl ausgesprochen haben - Laos, Kambodja, Brunei und Vietnam - die die Neigung für eine autoritäre Regierung mit Burma teilen.

Vietnam, das zur Zeit den Vorsitz in

der ASEAN innehat, ist gerade dabei, ein Bollwerk gegen Druck von innerhalb der ASEAN wie auch von der Aussenwelt aufzubauen.

Das vietnamesische Aussenministerium gibt auf seiner Web site bekannt, dass Hanoi Burmas regionale und internationale Integration unterstützt. Als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates hielt Vietnam daran fest, dass die Beziehungen zu Naypyidaw auf einer Politik des Nichteingreifens in die inneren Angelegenheiten Burmas basieren solle.

In den vergangenen Monaten haben sich burmesische und vietnamesische Führer und hochrangige Beamte wiederholt getroffen, um ihre bilateralen und regionalen Verbindungen zu stärken.

Im vergangenen Oktober reiste General Shwe Mann, Verbindungsstabschef der burmesischen Streitkräfte, nach Hanoi, um sich dort mit dem vietnamesischen Präsidenten Nguyen Minh Triet zu treffen und ein Abkommen über zunehmende militärische Kooperation zu unterzeichnen.

Zwei Monate später besuchte Maung Myint, der burmesische Minister für religiöse Angelegenheiten, ebenfalls Vietnam, wo er das erste bilaterale Übereinkommen, das je zwischen Mitgliedern der ASEAN über religiöse Angelegenheiten abgeschlossen wurde, unterzeichnete.

Dem Besuch folgte im Januar ein Treffen zwischen dem burmesischen Premierminister, General Thein Sein und dem stellvertretenden vietnamesischen Aussen- und Verteidigungsminister in Naypyidaw. Dann nahm gegen Ende des Monats der burmesische Aussenminister Nyan Win an einem Ministertreffen der politischen Sicherheitsgemeinschaft der ASEAN teil, die Vietnam, das den Vorsitz für 2010 hat, veranstaltete.

In Anbetracht dieser Entwicklungen besteht kein Zweifel, dass die Chefs des burmesischen Regimes auf Vietnam zählen.

Unter all dem findet sich nichts besonders Tadelnswertes, aber solange die ASEAN in den politischen Linien nicht übereinstimmt, besteht die sehr reale Gefahr, dass die weniger demokratischen Mitglieder die hartnäckige Ablehnung der burmesischen Junta, die Notwendigkeit eines Wandels anzuerkennen, noch verstärken.

ASEAN sollte den Regimechefs ...

... eindeutig klar machen, dass die Organisation eine wirklich demokratische Wahl favorisiert und dass nicht damit zu rechnen ist, dass der Block Diktatoren das Recht zuzugesteht, so zu regieren, wie es ihnen gefällt.

THE BURMANET NEWS - March 27 - 29, 2010" - Issue #3927- Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

Democratic Voice of Burma, Suu Kyi drängt auf "Vereinigung" mit der Armee -

<http://www.dvb.no/news/suu-kyi-urges-%E2%80%98unification%E2%80%99-with-army/>

AHUNT PHONE MYAT- 29. März 2010

Die inhaftierte Führerin der Oppositionspartei Liga für Demokratie (NLD) sagte, dass sich die Bürger und Soldaten in Burma vereinigen sollten, um gemeinsam das Land zu entwickeln.

Ihre Erklärung wurde laut vom NLD-Sprecher Ohn Kyaing vorgelesen, als die Partei am 27. März des 65. Jahrestages der Wehrmacht (oder Tag des Widerstandes) gedachte. An diesem Tag wird an den Beginn des Widerstandes der burmesischen Armee gegen die japanische Besatzung von 1945 erinnert.

Um die 1000 NLD-Mitglieder aus dem ganzen Land nahmen an dieser Veranstaltung teil, zusammen mit ausländischen Diplomaten aus Ländern wie z. B. England, Australien und den USA.

Suu Kyi wird zitiert, dass "einige Menschen zur Zeit Dinge sagen, die Uneinigkeit zwischen uns und den Tatmadaw (Armee) säen wollen". "Sie behaupten Dinge, die den Eindruck erwecken, dass der NLD weder am Wohlstand des Landes noch am Tatmadaw gelegen sei".

"Aber in Wirklichkeit möchten wir Bur-

ma und die Tatmadaw in Würde und Ehre dastehen sehen. Aus diesem Grunde bitte ich die Menschen in Burma und die Angehörigen des Tatmadaw, sich zu vereinigen und sich um die Entwicklung eines demokratischen Staates zu bemühen.

Burma wird seit 1962 vom Militär regiert, das aggressiv die Stärke der Armee vergrößert, von der angenommen wird, dass ihr zur Zeit bis zu 500.000 Mann angehören.

Aber der Chef der Junta, Than Shwe, erklärte in einer Rede am Sonnabend in der neuen Hauptstadt Naypyidaw, dass das Land gezwungen gewesen wäre, Militär und Regierung zu vereinigen.

"Die Führer der Wehrmacht hatten sich von Politikern in patriotische Wehrmachtsangehörige gewandelt als der bewaffnete Kampf für Unabhängigkeit dies notwendig machte, und sie wurden wieder zu Politikern..., als die Zeit für politischen Kampf kam," sagte er.

Er warnte auch, dass Parteien sich von den Wahlen dieses Jahr fernhalten wollen, um zu einer Zeit Zurückhaltung zu zeigen, zu der der Demokratisierungsprozess die Reife erst noch erreichen muss".

"Grosse Wachsamkeit ist vonnöten gegen Unruhe im Lande, gegen Gewalt bei den Wahlen, die die Herrschaft des Gesetzes wie auch Stabilität und Ruhe gefährden sowie gegen Verhältnisse, die zur Disintegration der Union führen."

In einem Brief, den ältere Oppositionspolitiker am Sonnabend an Than Shwe sandten, forderten sie die Überarbeitung der Verfassung von 2008 und der strengen Wahlgesetze, die Suu Kyi davon ausschliessen, für ein Amt zu kandidieren.

ThaungN@aol.com - Mon, 29. Mar 2010
Burmese opposition fails to register for election
guardian.co.uk - World news Web - Associated Press, Rangoon

Burmas Nationale Liga für Demokratie lässt sich nicht registrieren -

<http://www.guardian.co.uk/world/2010/mar/29/burma-opposition-polls>

Wie heute berichtet wird, hat die grösste burmesische Oppositionspartei entschieden, sich nicht registrieren zu lassen, was bedeutet, dass sie sich nicht an den Wahlen beteiligen kann, die nach zwei Jahrzehnten erstmalig stattfinden sollen.

Hla Thein, ein Teilnehmer an der heutigen Sitzung der Nationalen Liga für Demokratie, teilte mit, dass sich die Mitglieder gegen eine Registrierung entschlossen hätten.

Die Registrierung ist der erste juristische Schritt, der dazu berechtigt, an der Wahl teilnehmen zu können, die die regierende Junta des Landes für dieses Jahr versprochen hat. Es wurde bisher noch kein Termin festgesetzt.

Ihr Rechtsanwalt zitierte in der vergangenen Woche die inhaftierte Führerin der Nationalen Liga für Demokratie, Aung San Suu Kyi, dass sie gegen eine Registrierung ihrer Partei sei, weil die Beschränkungen der Junta für die Wahl "ungerecht" seien. Sie betonte jedoch, dass sie die Entscheidung den Parteimitgliedern überlasse.



Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး
ဥတ်ဒေါင်းအလံခေါ်ရာသို့
[လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ]

Gedichte

Von Saya Tin Moe
(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.
Spenderkonto: Postbank, Dortmund, Kto.Nr. 45 45 31 488 B/LZ.: 440 100 46
Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln, Tel.: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: burmaburo@netcologne.de
http://www.burmabureaugermany.com